Lüdinghausen, 14.1. 2020

An den
Bürgermeister
der Stadt Lüdinghausen
Borg 2
59348 Lüdinghausen

FB 1
z.K. m.d.B.
m.d.W.v.

Anregungen und Beschwerden (Bürgerantrag)
gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Bitte um Veröffentlichung in den örtlichen Medien

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Bei vielen Bürgern Lüdinghausens besteht eine wachsende Unzufriedenheit bezüglich einiger Projekte, die die Stadt durchführt. Die jüngsten Beispiele sind die beiden Brücken über die Ostenstever, die die Stadt neu gebaut hat bzw. jetzt baut. Die zweite Brücke, die jetzt dicht neben der ersten errichtet wird, sehen viele Kritiker als überflüssig sowie klima- und umweltschädlich an.

Antrag :

Ich beantrage deshalb, Vorkehrungen zu treffen, dass in Zukunft Projekte der Stadt in wesentlich stärkerem Maße als bisher geprüft werden nach folgenden Maßstäben :

1.) Kosten-Nutzen-Relation: Unnötige Ausgaben sollten unbedingt vermieden werden, wenn der Nutzen nicht vorher eingehend und kritisch geprüft und belegt wird. (Vieles kann unter Kostengesichtspunkten auch „eine Nummer kleiner“ ausfallen !)

2.) Folgen für das Klima, Folgen für die Umwelt allgemein: Aufgrund der ständig fortschreitenden Umweltzerstörung und der extremen Gefahr durch den Klimawandel muss jedes Vorhaben im Hinblick auf seine eventuelle Klima- und Umweltschädlichkeit eingehend und kritisch geprüft werden. Hierzu sind ausgewiesene Experten heranzuziehen.

3.) Folgen für das Stadtbild Lüdinghausens: Was will man? Will man möglichst „modern“ wirken oder will man den traditionell schönen münsterländischen Charakter der Stadt erhalten? Graue Beton-Stahl-Konstruktionen wie beispielsweise bei den beiden erwähnten Brücken über die Ostenstever passen absolut nicht in die Steverlandschaft.

Es sind institutionelle Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Kriterien künftig stärker in die Entscheidungsprozesse von Verwaltung und Politik in Lüdinghausen einfließen. Denkbar wäre die Einrichtung eines Umweltausschusses, eine Stärkung der Umweltabteilung oder ein spezielles Gremium, das Verwaltung und Politik in diesen Fragen berät. Auch eine stärkere Einbeziehung der Bürger ist notwendig. Hätte man die Bürger im vor allem betroffenen Viertel Rott befragt, wäre das fragwürdige „Brückenprojekt“ in dieser Form nicht durchgeführt worden!

Mit freundlichen Grüßen